



Ministerium für
Wirtschaft,
Mittelstand und
Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen

Referat M 3 - Kommunikation
Haroldstr. 4, 40213
Düsseldorf
Telefon 0211/837-2312
Telefax 0211/837-3104

Christa Thoben

**Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**Rede anlässlich des Forums "Kiesabbau am Niederrhein – Quo
vadis?" zum Thema: "Perspektiven der Rohstoffgewinnung am
Niederrhein"**

am 1. Februar 2007 in Krefeld

Anrede,

lassen Sie uns bei allen heute noch zu erörternden Detailfragen mit der wichtigsten Nachricht des neuen Jahres beginnen:

Die Wirtschaft in Deutschland zieht weiter an. Die Prognosen für dieses und für das nächste Jahr sind gut. Der Aufschwung erreicht den Arbeitsmarkt. Und Nordrhein-Westfalen entwickelt sich vom Sorgenkind zum Tempomacher.

Das bedeutet: Es wird wieder gebaut. Die über zehn Jahre dauernde Rezession dieser Branche ist beendet. Die Perspektive für die Bauindustrie ist gut. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Der Investitionsstau im Wirtschaftsbau und bei der öffentlichen Hand beginnt sich aufzulösen.

Diese positiven Nachrichten machen zugleich deutlich, dass wir in unseren Bemühungen zur Lösung von Zielkonflikten bei der Rohstoffgewinnung mitnichten nachlassen dürfen.

Anrede,

vor knapp zwei Jahren haben die "Natur- und Umweltschutzakademie NRW", der "BUND NRW" und der "Arbeitskreis Steine und Erden NRW" erstmalig zu einer gemeinsamen Fachtagung über "nachhaltige Entwicklung und Abgrabungen" nach Anröchte eingeladen. Nach Einschätzung des Arbeitskreises konnte damals ein Grundstein gelegt werden im Dialog zwischen der Rohstoffindustrie und den

Umweltverbänden. Diesen Dialog setzen wir heute hier in Krefeld fort. Das finde ich gut und richtig, denn wer Zielkonflikte lösen will, muss zunächst und vor allem miteinander reden.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Schirmherrschaft für die heutige Veranstaltung gerne übernommen und will meinen Beitrag zum begonnenen Dialog "Wirtschaft und Umwelt" leisten.

Anrede,

Anfang Juni des letzten Jahres habe ich auf Einladung des Wirtschaftsverbandes der Baustoffindustrie Nord-West die Region um Wesel am Niederrhein besucht und mich über "best practise" Beispiele von rekultivierten Abgrabungen informiert.

Darunter waren die Freizeitanlagen an der Xantener Nord- und Südsee, die Grav-Insel, die Weseler Aue sowie der Diersfordter Waldsee. Dort habe ich gelernt: Bei intelligentem Gestaltungswillen aller Akteure kann sich der Niederrhein sukzessive zu einem vermarktbareren Freizeit- und Naturerlebnisraum entwickeln. Diese Vision hat mir der Geschäftsführer des NaturFreizeitVerbund Niederrhein, Herr Langhoff, vorgestellt. Eine solchermaßen nachhaltig gestaltete Naturlandschaft hätte ein Alleinstellungsmerkmal mit entsprechendem wirtschaftlichem Potenzial in der Nachfolgenutzung. Ich bin sicher, dass die Region so große Chancen hat gegenüber den Niederlanden aufzuholen.

Das kann gelingen, wenn

- die Rohstoff gewinnende Industrie die notwendige Planungssicherheit hat und Arbeitsplätze sichern und schaffen kann,
- wenn der angemessene Schutz von Bevölkerung, Natur und Landschaft nicht aus den Augen verloren wird und
- wenn auch eine hochwertige Rekultivierung mit entsprechender Nachfolgenutzung verbunden ist.

Wichtig ist allerdings:

Für die Menschen in der Region muss schon heute erkennbar sein, dass diese Wechsel auf die Zukunft eingelöst werden. Nur das sichert Akzeptanz. Das ist eine weitere, vielleicht sogar entscheidende Voraussetzung für die Lösung von Zielkonflikten.

Anrede,

auf dem Weg dorthin ist noch einiges zu tun, denn bei allem begonnenen Dialog gebietet die Aufrichtigkeit:

Die Kies- und Sandgewinnung am Niederrhein ist seit Jahren ein Dauerkonflikt zwischen der Gewinnungsbranche, den betroffenen Kreisen und den Umweltverbänden.

"Wie soll das weitergehen?" fragt sich die Rohstoff gewinnende Industrie angesichts strenger, oftmals überzogen scheinender Umweltauflagen für die Branche, einer restriktiven Ausweisungspraxis für Abgrabungen durch die Genehmigungsbehörden und einer damit verbundenen unternehmerischen Planungs- und Investitionssicherheit.

"Wohin soll das führen?" fragt man sich auf regionaler und kommunaler Ebene, wenn das Nachbarland Niederlande ab 2009 seine Rohstoffsicherung dem "freien Markt" überlassen wird und seine Bedarfsdeckung - so die Befürchtung - im wachsenden Umfang diesseits der Grenze am Niederrhein sicherstellen will.

Dazu will ich folgendes klarstellen:

Die neue Landesregierung setzt grundsätzlich auf die Selbststeuerungsfähigkeiten der Akteure. Das gilt auch für die Rohstoffgewinnung. Deshalb unterstützen wir jeden Dialog zwischen Wirtschaft und Umwelt. Zugleich bleibt aber auch eine geordnete Raumentwicklung dezidiertes landespolitisches Ziel. Um dieses zu erreichen behält sich das Land einen steuernden Einfluss vor.

Eine Herauslösung der raumordnerischen Rohstoffsicherung aus dem Spektrum staatlicher Vorsorgeplanung - wie im Nachbarland Niederlande – kommt für uns nicht in Betracht und das vor allem wegen der naturräumlichen und wirtschaftssektoralen Schutzerfordernisse.

Das bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, politisch gewollte offene Grenzen durch die Hintertür des Planungsrechts wieder zu schließen. Zum einen verbietet das EU-Recht Planungsrestriktionen, die einseitig zu Lasten grenzüberschreitender Exporte oder eines Mitgliedslandes gehen. Zum anderen stünden solche Restriktionen auch nicht im Einklang mit unserem Verständnis von offenen Marktbeziehungen zwischen guten Nachbarn.

Deshalb setzen wir auf einen politischen Dialog mit unserem niederländischen Nachbarn, um für die nordrhein-westfälische Interessenlage zu werben. Unsere Nachbarn müssen Verständnis dafür haben, dass wir zunächst die Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft in NRW berücksichtigen müssen.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsch-niederländische Raumordnungskommission auf NRW-Initiative einen gemeinsam verfassten Brief an die niederländische Regierung geschickt. Dieser enthält einen "Aufruf zu einem erneuten Dialog zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen über oberflächennahe Rohstoffe".

Das Thema wird bei der turnusmäßigen Sitzung der Raumordnungskommission erneut auf der Tagesordnung stehen.

Das Ziel dieses Dialoges ist klar:

Wir wollen einen Prozess anstoßen und politisch flankieren, der es der Landesplanungsbehörde ermöglicht, gemeinsam mit den

niederländischen Planungsbehörden - auf der Grundlage der Intentionen der deutsch-niederländischen Raumordnungskommission – raumübergreifende und raumverträgliche Konzepte zur Nutzung grenznaher Rohstoffpotentiale zu erörtern und, wenn möglich, planerisch zu gestalten. Ich denke hier vor allem an eine integrierte Nutzung der Abgrabungsseen für Freizeit, Tourismus, Landschafts- und Naturschutz sowie Stadtentwicklung.

Anrede,

wer von den Perspektiven der Rohstoffgewinnung am Niederrhein spricht, hat es neben dem skizzierten nachbarschaftlichen Zielkonflikt mit drei weiteren aktuellen Problemfeldern zu tun, die ich ansprechen möchte:

1. Da ist zum einen das so genannte "Flüchten" von Gewinnungsunternehmen in das Bergrecht

Nicht zuletzt wegen des skizzierten grenzüberschreitenden Exportproblems wachsen die Vorbehalte in den Kreisen Kleve und Wesel wegen verschiedener Abbauvorhaben. Und auch die Regional- und Lokalpolitik sieht diese Vorhaben – übrigens parteiübergreifend – zunehmend kritisch. Dafür habe ich Verständnis.

So haben die Kreisverwaltungen Kleve und Wesel beantragte Abtragungsgenehmigungen versagt oder zumindest deren Ablehnung signalisiert. Die davon betroffenen Unternehmen haben

im Gegenzug ein Genehmigungsverfahren nach dem vermeintlich leichter zu überwindenden Bergrecht beantragt. Das ist nicht zu beanstanden.

Ich möchte gleichwohl dem offenbar verbreiteten Eindruck entgegen treten, bei Genehmigungsverfahren nach Bergrecht bestünden geringere Zulassungsanforderungen als sie die Kreisverwaltungen stellen würden. Diese Befürchtungen sind aber unbegründet. Auch die Bergbehörde prüft beantragte Vorhaben wie die allgemeinen Abgrabungsbehörden außerhalb des Bergrechts.

Auch die Bergbehörde ist verpflichtet zu prüfen, ob einem Gewinnungsvorhaben überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen. Dazu zählen in jedem Fall abweichende regionalplanerische Ziele, die durch bestandskräftige Regionalpläne für alle Behörden und öffentliche Planungsträger verbindlich sind.

Mit anderen Worten:

juristische Finessen, das Bergrecht für Abtragungsgenehmigungen zu instrumentalisieren, werden den angestoßenen Prozess des Ausgleichs widerstreitender Interessen nicht ersetzen können.

2. Ein weiteres Problemfeld ist die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten.

Hier wünscht die Rohstoff gewinnende Industrie einen erleichterten Zugang, speziell für die Wasserschutzgebietszone III B. Derzeit wird dazu ein gemeinsamer Standpunkt der Rohstoff-Bundesverbände, der Vereinigung des Gas- und Wasserfaches und der

Länderarbeitsgemeinschaft Wasser erarbeitet. Wie ich höre, verlaufen diese Gespräche konstruktiv und ergebnisorientiert, um gemeinsam Prüfkriterien zu ermitteln, die eine Einzelfallbetrachtung bei Abgrabungen in der Wasserschutzgebietszone III B ermöglichen.

Kurzum, hier deutet sich eine Lösung mit Perspektive an.

3. Ein letztes aktuelles Problemfeld ist die Ausweisung des Vogelschutzgebiets "Unterer Niederrhein".

Die EU-Kommission ist der Auffassung, dass hier eine Verdoppelung der bereits gemeldeten Fläche für den Vogelschutz erfolgen müsste. Diese Forderung ist von der Landesregierung durch Kabinetttvorlage des zuständigen Kollegen Uhlenberg zurückgewiesen worden. Mein Kollege hat den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Herrn Sigmar Gabriel, in einem Brief darüber informiert und ihn gebeten, einen fachlichen Austausch zwischen der EU-Kommission und NRW seitens der Bundesregierung anzuregen. Dies bleibt derzeit abzuwarten.

Anrede,

die Steine und Erden-Industrie bietet allein in Nordrhein-Westfalen rund 66.000 Menschen Arbeit. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze in den weiterverarbeitenden Branchen. Damit sind in der Summe nahezu 1000 Betriebe mit einem Umsatz von über 4 Milliarden € angesprochen. Ich rede hier also nicht von einer Branche mit ein paar Kiesgruben und

einigen Steinbrüchen, sondern von einer vielseitigen und unverzichtbaren Industrie für unser Land.

Die Bedeutung der Rohstoffbranche hat mein Haus erstmals ausführlich dokumentiert und gewürdigt im "Arbeitsbericht Rohstoffsicherung in Nordrhein-Westfalen", der seit Dezember 2005 vorliegt. Zugleich haben wir auch Eckpunkte vorgestellt für eine Neufassung der Ziele für die Rohstoffsicherung.

Ich kann diese Eckpunkte vor diesem Forum als bekannt voraussetzen.

Im vergangenen Jahr sind dazu in meinem Haus zahlreiche Stellungnahmen der Akteure eingegangen: u.a. von den Regionalräten, den Bezirksregierungen, den Kreisen und den Wirtschaftsverbänden.

- Ganz allgemein wird eingefordert, seitens der Landesplanung Ziele zur Rohstoffsicherung vorzugeben, die in Regionalplänen konkretisiert werden.
- Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung als Konzentrationszonen sollen klar definiert sein.
- Für Branchen mit besonders hohen Investitionsvolumina, Genehmigungs- und Produktionskosten, wie zum Beispiel die Zementindustrie, wird ein Sicherheitszeitraum von 50 Jahren von der Industrie gewünscht.

Das sind einige, wesentliche inhaltliche Schlaglichter bei den Rückäußerungen.

Für den vollständig neu zu erarbeitenden LEP NRW, womit wir in diesem Jahr beginnen werden, zeichnen sich folgender Rahmen für die planerische Rohstoffsicherung ab:

1. Die Rohstoffsicherung bleibt Bestandteil der in Raumordnungsplänen vorgenommenen staatlichen Vorsorgeplanung. Wir haben hier einen klaren bundesgesetzlichen Auftrag, denn das Bundes-Raumordnungsgesetz bestimmt, dass durch die Länder - so wörtlich - "für die vorsorgende Sicherung, Aufsuchung und Gewinnung von Rohstoffen die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen" sind.
2. Eine wichtige planerische Entscheidungsgrundlage der Rohstoffsicherung wird die neue Landesrohstoffkarte sein. Diese wird für den Bereich Lockergesteine bis 2009 landesweit vorliegen. Die Regionalplaner bei der Bezirksregierung Düsseldorf arbeiten bereits mit der für den Bezirk fertig gestellten Karte.
3. Die raumordnerische Sicherung rohstoffpolitischer Ziele erfolgt im Regionalplan in Konzentrationszonen durch Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung. Außerhalb davon soll die Rohstoffgewinnung nur in Ausnahmefällen stattfinden dürfen. Ob ein genereller Sicherungshorizont von künftig endabgewogenen Vorranggebieten von 30 Jahren festgeschrieben wird, oder eine Differenzierung der Sicherungszeiträume nach Locker- und Festgesteinen erfolgen sollte, bedarf noch der Diskussion.
4. Wir werden das Abgrabungsgeschehen durch ein landesweites Monitoring begleiten. Mein Haus hat den Geologischen Dienst NRW

beauftragt, ein einfaches Luftbild gestütztes Monitoring zu entwickeln, das den jährlichen Flächenverbrauch von Abgrabungen ermitteln wird. In einer Pilotphase werden in der ersten Jahreshälfte die Kreise Wesel und Kleve untersucht werden. Das Monitoring wird das Abtragungsgeschehen transparenter machen, dafür bürgt der Geologische Dienst als neutraler Partner. Und wir werden auch über eine Verschneidung der Luftbildbilder mit der neuen Rohstoffkarte belastbare Daten erhalten über das Rohstoffvolumen. Damit sollen die Flächeninanspruchnahme durch die Rohstoffgewinnung optimiert und natürliche Ressourcen künftig noch besser geschont werden.

5. Und - das kann uns künftig helfen bei der Rekultivierung und Nachfolgenutzung, die verstärkt auf der Grundlage raumübergreifender, gegebenenfalls interkommunaler Konzepte erfolgen soll.

Anrede,

ich habe Ihnen einen kurzen Überblick gegeben über den Stand der Überlegungen in meinem Haus zu den neuen Planungsregeln für die Rohstoffsicherung. Mit diesen Vorhaben und Zielbestimmungen bemüht sich die Landesregierung darum, zwischen Partikularinteressen auszugleichen und Zielkonflikte zu lösen.

Dies kann aber nicht die Bereitschaft der Akteure am Niederrhein ersetzen, zu praktischen, partnerschaftlichen Lösungen zu kommen. Hier hat der Regionalrat eine besondere Bedeutung, wenn es um die primäre Steuerungsfunktion zur Lösung von Konflikten im Hinblick auf die

Gewinnung von Kies und Sand geht. Denn er hat in erster Linie die Aufgabe und die Verantwortung, Raumnutzungskonflikte in den regionalplanerischen Verfahren sachgerecht zu bewältigen und dabei insbesondere die regionalen und lokalen Belange einzubeziehen.

Meine Hoffnung ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung gerade auch der Rohstoffbranche die Gestaltungsräume für solche partnerschaftlichen Lösungen vergrößert. Denn wann, wenn nicht in wirtschaftlich besseren Zeiten lassen sich am besten Kompromisse erzielen, die gut gemacht, am Ende einer ganzen Region, ihrer Wirtschaftskraft, ihren Menschen und ihrer Natur gleichermaßen zugute kommen.